

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft Flöha und die Behörden in Frankenberg

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Koberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von C. G. Koberg in Frankenberg i. Sa.

N 108

Mittwoch den 7. Mai 1919

78. Jahrgang

Ausführungsbestimmungen

zu den Bekanntmachungen der Reichsstelle für Textilwirtschaft Nr. T 70 und Nr. T 80 vom 19. März 1919.

Die „Vollziehungsbehörde“ im Sinne des § 9 Satz 2 der Bekanntmachung einer Anordnung für das gesamte Textilgebiet Nr. T 70 über Beschlagnahme und Enteignung vom 19. März 1919 (2. Beilage zu Nr. 80 der „Sächsischen Staatszeitung“ vom 7. April 1919) ist das zuständige Gewerbe-Kaufmännische Amt. Das Gewerbe-Kaufmännische Amt kann sich bei der Durchführung der im einzelnen Falle nötigen Maßnahmen der Mitwirkung der Ortspolizeibehörde bedienen.

Die „Vollziehungsbehörde“ im Sinne des § 9 Absatz 3 der Bekanntmachung einer Anordnung für das gesamte Textilgebiet Nr. T 80 über Beauftragte der Reichsstelle für Textilwirtschaft und der Reichswirtschaftsstellen auf dem Textilgebiet vom 19. März 1919 (2. Beilage zu Nr. 80 der „Sächsischen Staatszeitung“ vom 7. April 1919) wird das zuständige Gewerbe-Kaufmännische Amt bestimmt. Das Gewerbe-Kaufmännische Amt hat unversichtlich die Landesstelle für Textilwirtschaft in Leipzig, bez. solange diese noch nicht errichtet ist, das Wirtschaftsministerium von den Maßnahmen in Kenntnis zu setzen.

Die staatlichen, sowie die kommunalen Behörden, insbesondere die Gewerbe-Kaufmännischen Ämter und die Ortspolizeibehörden haben die Beauftragten der Reichsstelle und der Reichswirtschaftsstellen bei Ausübung ihrer Befugnisse zu unterstützen.

Dresden, den 3. Mai 1919.

Wirtschaftsministerium.

Gemäß Verordnung des Ministeriums des Innern, Landeswohnungsamt, vom 15. April 1919 ist die Gemeinde Oberlichtenau unter die Gemeinden in Nr. III der Ausführungsverordnung vom 28. September 1918 zur Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 23. September 1918 („Sächsische Staatszeitung“ Nr. 228 vom 30. September 1918) eingereiht worden.

Darnach können die Vermieter von Wohnräumen in dieser Gemeinde ein Mietverhältnis rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Mietnennungsamtes schließen, insbesondere auch, wenn die Kündigung zum Zwecke der Mietübertragung erfolgt.

Ein ohne Rücksicht auf ablaufendes Mietverhältnis gilt als auf unbestimmte Zeit verlängert, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Mietnennungsamtes zu dem Ablauf erklärt hat.

Flöha, am 30. April 1919.

Die Amtshauptmannschaft. Mietnennungsamt.

Arbeitslose Arbeiter und Arbeiterinnen

Für die Provinz Sachsen werden landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen gesucht. 2,75 Mark bis 4,25 Mark täglichen Lohn und volle Verpflegung bei freier Unterkunft. Meldungen haben spätestens den 7. Mai 1919 mittags 12 Uhr im Städtischen Arbeitsnachweis (Schloßstraße 12) zu erfolgen. Stadtrat Frankenberg, den 6. Mai 1919.

Verkauf von Suppen bei sämtlichen Händlern

Mittwoch den 7. ds. Mts. auf Röhrmittelstraße Nr. 77 je 1/2 Pfund

zum Preise von 1,65 Mark für das Pfund.

In Volkshauskellner werden nur 125 Gramm abgegeben.

Verkauf von ausl. Marmelade bei sämtl. Händlern

Mittwoch den 7. ds. Mts. auf Lebensmittelstraße Nr. 34 je 250 Gramm

zum Preise von 2,10 Mark für das Pfund.

Stadtrat Frankenberg, den 6. Mai 1919.

Kohlen- u. Brikett-Verkauf auf Karte I der Kohlengrundkarte

Mittwoch den 7. Mai 1919

1. Bezirk bei Jeym und Lubow, 2. Bezirk bei Hundenbluth und Hausner.

Bezugswarten werden an genanntem Tage von 8 bis 10 Uhr vormittags an 1. Bezirk in Röhrgasse Nr. 8 gegen Kohlengrundkarte abgegeben. Frankenberg, den 6. Mai 1919.

Die Ortsstellen.

Versteigerung einer Kuh

Freitag 9. Mai vorm. 9 Uhr im Schrapffen Grundstück zu Mendörfchen Nr. 24.

Der Gemeindevorstand.

Wirtschaftskrieg nach Friedensschluss?

Die „Thurgauer Zeitung“ veröffentlicht aussererregende Mitteilungen über die Pläne von neuen schwarzen Listen durch Frankreich. Das Blatt teilt den Wortlaut des Vertragsformulars mit, das von französischer Seite zwischen Kaufleuten zur Unterzeichnung vorgelegt wird:

„Der Vertragsschlichter muß sich verpflichten, sich während einer bestimmten Frist jeder Kontrolle seiner Bücher durch den französischen Konsul zu unterziehen. Deutsches Kapital darf in schwarze Unternehmen nicht aufgenommen werden. Ebenso ist die Einstellung deutscher Staatsangehöriger unter das höhere verantwortliche Personal verboten. Der Vertragsschlichter verpflichtet sich ferner, während eines bestimmten Zeitraums in keiner Weise deutsche Geschäftshäuser zu begünstigen. Nur in einzelnen Fällen darf er ausnahmsweise im Geschäft mit einem deutschen Hause abschließen, wenn er sonst nicht konkurrenzfähig bliebe.“

Die „Thurgauer Zeitung“ erklärt in diesem Mandat die Vorbereitung eines Wirtschaftskrieges nach Friedensschluss, der durch die Mitwirkung der Deutschen wirksam gemacht werden sollte. Das Blatt sagt ferner: Jeder schwarze Geschäftsmann müsse dieses Antennen in der Hand wissen. Überdies habe der Bundesrat gegen die neue Antastung der Schweizerischen Unabhängigkeit mit aller Entschiedenheit Verwahrung eingelegt.

Uebersetzung am Mittwoch

1. Verfall, 5. 5. Auf die Anfrage der deutschen Delegation, wann das Friedensdokument überreicht werden würde, ist heute vormittag die Antwort eingegangen, daß die Uebersetzung am Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr im Brancon-Belast-Hotel stattfinden werde.

125 Milliarden, die erste Heine Zahlung!

2. Genf, 5. 5. Der Rat der Drei beschloß, Deutschland die Hälfte seiner gesamten Schulden erst am 19. Mai 1921 zu zahlen. Jetzt verlangt man nur 125 Milliarden, die die erste Heine Zahlung darstellen.

Die Glieder des Friedensvertrages

3. Verfall, 5. 5. „Echo de Paris“ berichtet: Der Vertragswortlaut ist endgültig festgelegt und bereits im Druck, der in zwei Tagen beendet sein kann. Die Uebersetzung des Vertrages soll Donnerstag nachmittag in Versailles durch Comandou erfolgen. Das Blatt nennt verschiedene Kapitel des Vertrages in ihrer endgültigen Form und Reihenfolge:

1. Einführung;
2. Grenzen Deutschlands;
3. Klauseln bezüglich Grenzveränderungen;
4. Deutsche Kolonien;
5. Militärische, marine und Luftklauseln;
6. Kriegsgefangene;
7. Beschlüsse gegen Wilhelm II. und alle schuldigen Deutschen;
8. und 9. Wiedergutmachung und Finanzklauseln, das heißt Feststellung dessen, was Deutschland schuldig und seine Zahlungsmöglichkeiten;
10. Wirtschaftsklauseln;
11. Säjen, Eisenbahnen und Schiffahrtswegen;
12. Internationales Arbeitsgesetzgebung;
13. Garantien;
14. Allgemeine Ratifizierungsklauseln.

Declarations

4. Genf, 5. 5. Der „Nouvel Courant“ meldet aus Paris, daß die Deutschen für den Fall, daß sie innerhalb 14 Tagen den Friedensvertrag nicht annehmen, hier gezwungen werden sollen dadurch, daß die Verbündeten in ihrer Richtung in Deutschland einziehen. Die diesbezüglichen Sondermaßnahmen sind in einem Antwortschreiben festgelegt worden, das bereits nach Paris, Wien und Brüssel angekommen ist.

Gruppen dürfen von den Brüdern Köln, Koblenz, Mainz und Straßburg ins Innere vordringen. In der Zwischenzeit würde die Konferenz neue Maßnahmen beschließen. Die Uebersetzung gewinnt an Boden, daß die Verbündeten den italienischen Standpunkt ablehnen werden. Der Rat der Drei hat Italien eingeladen, seinen Platz in der Konferenz wieder einzunehmen.

Ein Völkerbundemodell für Rom?

5. Es wird erwogen, Rom für zehn Jahre unter das Mandat des Völkerbundes zu stellen und nachher, wenn inwieweit ein neuer Hafen für die Südländer fertig gebaut ist, an Italien zu geben. Nach dem „Temps“ seien die ultimativen Bedingungen Italiens die folgenden: Rom italienisch, dagegen Abträge von Londoner Vertrag. Aber die kritischen Gebiete, auf die Italien verzichtet, dürfen nicht fälschlich werden, sondern müßten autonome unabhängige Kleinstaaten bilden.

Das Schicksal Deutsch-Ostafrikas

6. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Brüssel, daß Deutsch-Ostafrika von fünf Großmächten verwaltet werden soll, nämlich den Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Italien und Japan.

Dasselbe Ergebnis

Der neue Reichsfinanzminister Darnburg hat, wie angekündigt, den Stand der Reichsfinanzlage berichtet und ist zu demselben Ergebnis gekommen, wie sein Vorgänger Schäffer: Es steht miserabel! 23 Milliarden Steuer-Einnahmen werden alljährlich vom Reiche gebraucht, und 7 Milliarden haben wir nur. Der Rest muß also noch geschafft werden. Nicht inbegriffen sind bei den jährlichen 23 Milliarden die noch von der Entente verlangten 125 Milliarden Kriegsschuldigkeiten. Der übliche Hinweis auf die „reichen Deutschen“ nützt nicht mehr, denn deren ganzes Einkommen deckt knapp den Bedarf. Wenn ihnen alles genommen würde, so daß nur die Personen bis zu 3000 Mark Einkommen ihr Geld behalten, wäre also niemand mehr da, der Geld für Käufe übrig hätte. Daß die Zinsen der Kriegsanleihen gezahlt werden müssen, wie sie versprochen sind, sagt auch Darnburg. Also viele, viele Steuern sind unermesslich und große Sparanstrengungen nötig. Geld für unbegrenzte Zulagen und Ausgaben zu phantastischen Preisen behalten wir nicht übrig.

Die Zukunftsaussichten unserer Landwirtschaft

wurden von dem Generalsekretär des Deutschen Landwirtschafters Prof. Dubs in einem Vortrage in der Deutschen Allg. Ztg. veröffentlicht, äußerst beachtenswerten Aufsatz eingehend erörtert. Der Verfasser geht davon aus, daß der Landwirt, ähnlich wie der Kaufmann und der Fabrikant, von den Marktpreisen seiner Produkte abhängt. Will man nun wissen, wie sich die Zukunft der deutschen Landwirtschaft gestalten soll, so muß man zunächst Klarheit darüber zu gewinnen suchen, wie sich die Preise der hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der nächsten Zukunft stellen werden. Die Preise für unsere wichtigsten Feldfrüchte, den Weizen, die gegenwärtig infolge der starken Nachfrage, der amerikanischen Höchstpreispolitik und der Ententeaufkäufe in Argentinien noch sehr hoch sind, werden nach Prof. Dubs Ansicht bald stark herabgehen. Die Hauptgründe für das Sinken des Weltmarktpreises bestehen in der übermäßigen Ausdehnung der Anbauflächen in den Vereinigten Staaten und in Kanada, sowie nicht am wenigsten in der Verminderung der Konsumenzahl, da Europa durch den Krieg einen Menschenverlust von rund 30 Millionen erlitten hat. Dafür, daß das Sinken des Weltmarktpreises in Deutschland noch nicht gleich zur Geltung kommt, wird voraussichtlich die Entwertung unserer Valuta, das Fehlen von billigen deutschen Schiffen, sowie die vorläufige Ausschaltung der russischen Getreideausfuhr sorgen. Während in Deutschland eine starke

Preissenkung für Getreide in drei Jahren zu erwarten ist, wird der höhere Preisstand für Vieh und tierische Produkte nach Prof. Dubs voraussichtlich noch fünf bis zehn Jahre und für Wolle und besonders für Jucker noch längere Zeit andauern.

Die Betreuung Münchens

Über die letzten Kampfstage am Freitag und Sonnabend werden noch zahlreiche Einzelheiten berichtet. Unherdortlich schwere Kämpfe entwickelten sich am 3. Mai vormittags von 9 Uhr an im Borort Giesing und um die Schwandlöhle Höhe. Die Spartakisten hatten auch dort, wie in den Straßen Münchens, richtige Schützengräben ausgehoben und sich mit Sandfäden verschanzt. Sie kämpften mit dem Mut der Verzweiflung. Einen schweren Stand hatten die Regierungstruppen dadurch, daß sich immer wieder einzelne Gruppen Spartakisten zwischen den Häusern verteilten, von wo sie aus dem Hinterhalt auf die Soldaten schossen. Ein Panzerzug wurde unter den Eisenbahnbrücken, welche das Seitenarm des Hauptbahnhofes überqueren, von den Spartakisten besetzt mit Sprengstoffen und Brandbomben besetzt, daß Zug und Mannschaften in Atoms gerieten wurden.

An den Kämpfen in den Münchener Straßen beteiligten sich sogar verhehle bewaffnete Frauen. Besonders heftig tobte der Kampf um die Barrikaden in der ganz nahe am Hauptbahnhof gelegenen Goethestraße. Am Sonnabend wurde auch im Kaffernviertel und südlich des Hauptbahnhofes gekämpft. Unter den bei den Kämpfen Gefallenen befindet sich General Nagel.

Auf den Münchener Friedhöfen lagen am Sonnabend bereits 179 Tote einschließlich der standrechtlich Erschossenen.

Zur Ermordung des Geiseln

7. In Hohenbrunn unter den geleiteten Geiseln Studentent Berger, Eisenbahnsekretär Anton Daumenlang und Fürst Thurn und Taxis (österreichischer Linie) festgehalten worden, sowie Grafin Westarp und zwei sächsische Soldaten, deren Namen noch nicht bekannt sind. Die Meldung von der Ermordung der Kunstmaler v. Stud und Oberlein und des Philanthropen Dell'Armi ist nicht bestätigt.

Das Schicksal der Kommunistenführer

8. Der frühere kommunistische Stadtkommandant Egelhofer wurde in einem Anwesen der Maximilianstraße am 1. Mai verhaftet. Man fand Egelhofer in einem Badezimmer, das zur Wohnung einer russischen Verzin gehörte, hinter der Badewanne versteckt vor. Als Egelhofer sich zur Wehr setzen wollte, wurde er durch Kolbenhiebe überwältigt und später erschossen. Der Stadtkommandant hatte er zu einem Vorbild gemacht, in dem fortwährend alles bestritten war.

Unter den standrechtlich Erschossenen ist auch der Kommunist Sonthheimer. Der Rotgardist Seidl, der die Geiseln im Luitpold-Gymnasium erschleichen ließ, sollte im Schlacht- und Viehhof standrechtlich erschossen werden. Württembergische Soldaten weigerten sich dessen. Sie haben ihn erschlagen. Toller ist im Straßenkampf gefallen. Klinghöfer und Frau, der Stadtkommandant Weber sind verhaftet. Ebenso Landauer, Freundorfer, Dr. Menz, Bräsig und Malzer, die Führer der Erwerbslosen. Levis und Levis werden angeblich in den Quartieren der galizischen Juden gesucht. Es heißt aber auch sehr bestimmt, Levis sei im Flugzeug abgehauen, von seinem mit 12 000 Mark bestochenen Fahrer aber unter dem Vorwand einer notwendigen Benzinaufnahme in Schleißheim wieder gelandet und dort ausgeliefert worden. Nach einer anderen Meldung ist Levis in Augsburg bei einer Rollanbahn verhaftet worden. Der Volksbeauftragte für Verkehrswesen, Paulskum, wurde in München festgenommen, während der kommunistische Kriegsminister Reichardt auf seiner Flucht in Pöschelhausen verhaftet wurde.

Wird der Minister der Finanzen, Herr ...

Wegen vor dem Staatsbankrott ...

Politische Nachrichten

Entente-Schiffe für deutsche Einfuhr ...

Finanzministerkonferenz in Berlin ...

Polen bestreitet Offensivplan ...

Herr Badenewski, Chef der polnischen Regierung ...

Russisches Bündnis gegen Rumänen? ...

6. öffentl. Sitzung der Stadtverordneten

Wieder eine Dauerlösung mit umfangreicher ...

Die Sitzung eröffnete Vorsteher Lehmann ...

Um bei der Schulmännerschaft einen neuen Dienstplan ...

Stv. May berichtete über die Ratsvorlage ...

Stv. May berichtete über die Ratsvorlage ...

Wichtigste Entscheidungen des Kollegiums ...

Im Siedelungsgebiete an der Friedhofstraße ...

Um bei der Schulmännerschaft einen neuen Dienstplan ...

Stv. May berichtete über die Ratsvorlage ...

Im Buchengrund

Original-Roman von G. Courths-Walder.

21) Copyright 1915 by Greiner & Comp., Berlin W. 27 ...

er Julius stieg von der Wand und legte sie in ein Schu-

Zwei Tage vor Weihnachten kam Lena mit ihrem Kinde

Ihre Mutter hatte immer sehnsüchtiger dem Tage ent-

Auch heute, ehe sie das Haus verließ, ermahnte sie die

Sie hatte auch Dr. Gärger gebeten, amweind zu sein,

Der Zug fuhr in die große Halle ein, wo viele Menschen

zu. Wenige Stunden später lagen sich die Schwestern schlaf-

Juttas Herz klopfte bang und unruhig. Jetzt mußte

Lena, die ihr so schmerzhaft ersehnen, Freuds Tod erfahren.

Nachdem sich die Schwestern innig begrüßt hatten, kam

„Kleine Wally — liebes, süßes Mädchen,“ stammelte

Jutta trug die Axt auf den Armen zu der Auto-

und die städtischen Beamten mit den Staatsbeamten gleichzustellen, sowie den Rat zu erforschen, diesen Vorschlägen beizutreten und eine neue Gehaltsordnung für die Beamten und Lehrer auszuarbeiten. Die Ratsvorlage betreffend der neuen Zulagen im Gesamtbetrag von 141.694 M. wurde genehmigt, der erste Teil des Antrages war, betreffend Gewährung von Wohnungsgeldzuschlägen an die Volksschullehrer und entsprechender außerordentlicher Zulagen an die Beamten mit Mehrheit abgelehnt, der weitere Antrag über Entziehung der Lehrer und Gleichstellung der Beamten mit den Staatsbeamten usw. angenommen. In der Aussprache hat Stv. Engelmann gegen den abgelehnten Antrag May gesprochen. Vorher Lehmann führte aus: Bei aller Anerkennung der Fortsetzung der Beamten, die man bewilligen werde, wolle man nicht vergessen, daß wir einen Teil Einwohner haben, die viel schlechter stellen als die Beamten und Lehrer. Die Höhe der Arbeitslosen seien viel drückender. Sie hätten nicht die Hälfte von dem, was sie zum Lebensunterhalt brauchen. Es gebe auch noch viel Kriegerfrauen, deren Männer in Gefangenschaft sind. Wie leben heute in einer Zeit, wo Forderung auf Forderung gestellt werde. Wie lange das unser Wirtschaftsleben noch aushalten werde, muß dahingestellt bleiben. Es müsse einmal der Tag kommen, wo abgebaut werde mit den Lebensmittelpreisen und mit den hohen Bezügen, wo das ganze Leben wieder in geordnete Bahnen tritt. Stv. Blau meinte, angesichts der hohen Summen möchte man sich auch da nachsichtig zeigen, wo es sich nur um kleine Beträge handelt.

Eine weitere Ratsvorlage, welche Stv. Bezold verttrat, betraf Erhöhung der Löhne der Volkshandwerker. Es sollen die Tariflöhne der Bauhilfsarbeiter gezahlt werden. Der Vorlage wurde zugestimmt. In den Wohlfahrtsausschuß der Stadt, in den der Stadtrat Bürgermeister Dr. Zimmer und Stadtrat Spöpper entsendet, wählte das Kollegium die Stv. Engelmann, Fritzsche, Kluge und Uhlitz, und aus der Bürgerchaft Frau Kunze, Überstraße 2, und Fräulein Schwente. — Für einen an der Fortbildungsschule unterrichtenden Volksschullehrer wurden die Spesen zur Teilnahme an einem vom 1. Juni bis 12. Juli in Leipzig stattfindenden Kursus für Fortbildungsschullehrer bewilligt. — Ein Antrag Engelmann, die zwei Unterrichtsstunden der Mädchenfortbildungsschule, die auf 8-10 Uhr abends festgesetzt sind, auf den Nachmittag zu verlegen, fand nach Aussprache Annahme.

In einer persönlichen Aussprache hat Bürgermeister Dr. Zimmer unter Hinweis auf die in der Sitzung jugend getragene Unstimmigkeit, in den Beratungen einen Ton des gegenseitigen Vertrauens und Vertrauens zu suchen und auszuschlagen und an seiner Aufrichtigkeit und seinem ehrlichen Willen nicht zu zweifeln. Er sei bereit, mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen und allem Neuen, sofern es der Stadt zum besten gereicht, nachzugehen. Man wolle aber nicht verlangen, daß er auch seine Weltanschauung ändere. Er habe genug soziales Empfinden, um die Wünsche und Äußerungen aller Kreise der Bevölkerung zu verstehen und habe jederzeit dies besonders der Arbeiterschaft gegenüber bewiesen. Er bitte, ihm Vertrauen entgegen zu bringen und das Vertrauen in ihn zu setzen, daß er die politische Anschauung der Mehrheit des Kollegiums achte und ihr Rechnung trage. Man möchte doch gegenseitig die Rührung sich bezeugen, die für ein gedeihliches Arbeiten unerlässlich ist. Vorher Lehmann erwiderte, daß man ein scharfes Wort aus Arbeitern nicht so nehmen dürfe, wie es manchmal herauskommen möge. Es liege der Mehrheit fern, mit dem Bürgermeister persönlich in Differenzen zu geraten. Persönlich habe man nichts gegen ihn. Die Differenzen, die sich ergeben, seien nur sachlicher Art. Die sog. Mehrheit wolle ihre Mehrheit auch nicht zur Geltung bringen und stärkeren Einfluß auf die Stadtverwaltung haben als bisher. Deshalb wüßte sie eine Neuwahl der unzufriedenen Stadträte, um ihrer Mehrheit mehr Nachdruck geben zu können. Bisher sei die Stadtverordnetenmehrheit im Rat und in den Ausschüssen in der Minderheit. Das erzeuge eine Mißstimmung, die wohl zu vermeiden sei. Wenn deshalb einmal ein hartes Wort falle, so solle nur die Sache getroffen werden. Bürgermeister Dr. Zimmer erklärte noch, daß der Rat mit Ende dieses Jahres sowie sich einer Neuwahl zu unterziehen haben werde. Sollte das Kollegium eine frühere Veränderung wünschen, dann möchte es dies auf geordnetem Wege zum Ausdruck bringen. Jedenfalls möchte man in ihn das Vertrauen setzen, daß er wahr und offen handle und stets den geraden Weg gehe. — Die nächstfolgende Sitzung wurde wegen vorgerückter Zeit und Abspannung vertagt.

Aus Heimat und Vaterland

Frankenberg, den 6. Mai 1919.

† **Walgrün.** Der Mai hat sich nicht umsonst bitten lassen, er hat alles grün gemacht. Zwar noch nicht alle Bäume bis auf das letzte Blatt, die darin wird es immerhin noch ein paar Wochen dauern, wenn keine plötzliche Hitze die Blätter abbläst, aber wir sehen doch überall das neue Grün. Und das wird einem aufmerksamen Beobachter etwas auffallen: Das junge Laub hat meist nicht die bunte, leuchtende, wunderbare Farbe des Maiensgrün, sondern schon einen dunkleren Ton, der sonst erst kam, wenn die Blätter schon größer geworden waren. Woran liegt das? Daran, daß die Entfaltung der Blattknospen, die in den warmen Märztagen begann, durch den kalten Aprilwinternachhalt aufgehalten worden ist. Da ist die Verdunstung des Laubes schon in der Blattknospe erfolgt. Nun, wir freuen uns schon, daß wir überhaupt jetzt den ersten Frühling haben, zum Grün der Blätter und Blätter kommen auch die bunten Farben der Tulpen. Die Obstbäume ist bei den Birnen, Äpfeln und Pfämen nahe. Bei anhaltender kühler Temperatur kann sie sich lange halten in ihrem ersten schönen Bild. Kiesel werden, soweit es sich um gute alte Sorten handelt, sehr wenig blühen. Das Weiter war sehr fruchtbar, immerhin könnte es nun etwas leutschender werden und brauchte sich nicht nach dem Kalender der kalten Tage um die Waimitte zu richten.

† **Jubiläum.** Webermeister Karl Friedrich Gosfeld, Mittelstraße 7 wohnt, war es am Sonntag vergangen, das 50jährige Bürgerjubiläum zu begehen. Aus diesem Anlaß wurde er namens der Stadt durch die Stadträte Heine und Bach unter Ueberreichung einer Ehrenurkunde beglückwünscht.

† **3. Jahrgang an die Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen.** Das Ministerium für Militärwesen teilt uns folgendes mit: Nach telegraphischer Meldung des preuß. Kriegsministeriums vom 4. d. M. hat die Reichsregierung entsprechend ihren in der Presse vorläufig bekannt gegebenen Zusagen an die Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen endgültig Beschluß gefaßt. Nähere Bestimmungen werden in den nächsten Tagen bekannt gemacht. Die Beschlässe betreffen folgende Punkte: 1. Reform der Militärversorgungsgesetze unter Einwirkung der Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenenorganisationen, Mitarbeit von Kriegsgeschädigten bei den Versorgungsstellen, 2. Gewährung einer laufenden Truergelddarlehens in Höhe von 40 Proz. der zahlbaren laufenden Versorgungsgebühren, Zuwendungen, Unterstützungen usw. mit Wirkung vom 1. Juni ab, 3. Unterlassung jeder Kürzung und Entziehung bewilligter Versorgungsgebühren zunächst auf die Dauer eines Jahres im Verwaltungswege, 4. Gewährung von Entlassungsgeldern an die während 1. Juni 1918 und 2. November 1918 entlassenen

Voraussetzungen. 1. Beschlässe der Regelung des Einkommenswanges, 6. Maßnahmen wegen Wohnungslosigkeit und Erlaubnis unter Hinzunahme der Verbände der Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen. 7. Beschlässe ausserhalb der Reichsweite für die lokale Kriegsgeschädigten- und Hinterbliebenenversorgung.

† **Erhöhung der Gehalts für Unteroffiziere und Mannschaften vom 1. Mai 1919 ab.** Das Ministerium für Militärwesen teilt uns folgendes mit: Sämtliche aktiven Unteroffiziere und über den 30. April 1919 hinaus notwendig zurückbehaltenen Mannschaften erhalten vom 1. Mai 1919 ab die Gehaltsstufe der nächstfolgenden Reichswehr. Besondere Kompanien der Kriegsgeschädigten erhalten ihre bisherigen Gehaltsstufe weiter. Die Krankmeldungen der Reichswehrgeschädigten legt sich aus mobilisierter Dienstgradabstufung und 150 M. Inanspruchnahme zusammen. Bazarstrafe des alten lebenden Heeres erhalten einen stets widerrechtlichen Zuschlag zur Lösung von Unteroffizier zu dem auf Grund von Anwesenheitsbescheid Nr. 604, zulebenden Gehaltsstufe und den, welche die Angehörigen der Reichswehr erhalten, sodas sie diesen gleichgestellt sind.

† **Aus der Staatskanzlei.** Nachdem die Führung der Geschäfte für das Gesamtministerium auf die Staatskanzlei übertragen ist, sind die bisherigen Amtsräume des Gesamtministeriums im Taschenbergpalais aufgehoben worden. Die Geschäfte des Gesamtministeriums befinden sich im Ministerialgebäude des Ministeriums des Innern, Dresden-Neustadt, Königsplatz 2.

† **Bevorstehende Erhöhung der Kohlenpreise.** Nachdem im höchsten Kohlenbergbau die Lebensmittelpreise durchgehend ist, wird wahrscheinlich die nächste Folge eine Erhöhung der Kohlenpreise sein. Wie wir hören, finden bereits Beratungen über die Zukunftsfrage statt, die auf die Kosten gelegt werden sollen. — Die neuerliche Lohnbewegung, die im Gallener Bezirk eingetreten ist, greift allem Anschein nach auch auf das Bornaer Revier über, wie ja erfahrungsgemäß der Bornaer Bezirk mit den Gallener Kreis vollständig geht.

† **Einige Ausschlüsse schädlicher Faktoren.** Wie aus Dresden gemeldet wird, infolge der hohen Lohnforderung war der Einstellung neuer Betriebe. Sie verfügen nicht über keine Mittel mehr und die Banken verweigern weitere Kredite.

† **Die Weiserfrage.** Sachien befindet sich im Besitz eines Teils, deren Kern etwa die Kranaul liegt, und wird von Niederschlag getroffen. Daher sind bei uns Trübung und Abfluss eingetreten. Der Nordosten des Aariergebietes wird von einem sehr fröhlichen Hoch erfüllt. Da dieses an Intensität zunimmt, hingegen das genannte Tief sich verflacht, dürfte die eingetretene Beschädigung unseres Weisers nur vorübergehend sein.

† **Hinterbliebenen.** Der hiesige Stenografen-Verein „Gabelberger“ beginnt am Mittwoch, den 14. Mai, abends 7 1/2 Uhr im Gabelberg zum Gedächtnis einen neuen Anfänger-Kursus in Gabelberger Stenografie. Jeder sollte sich diese wichtige Kursus nicht entgehen lassen. — Anmeldungen nimmt der Kassierer Kurt Thälmer entgegen. Dieselben können auch am genannten Tage beim Vorstehenden Curt Finkenbusch in Rufusstraße bewilligt werden. Das Honorar beträgt März 10.— einschließlich Beitragsmittel. (Siehe Internat.)

— **Dresden.** Die Deutsche Demokratische Partei für den ersten schließlichen Reichstagswahlkreis hatte nach Dresden einen Vertretertag einberufen, der aus allen Teilen Ost Sachsens sehr stark besucht war. Auf Antrag des Mitgliedes der Nationalvereinnigung, Redakteur Steinbock, wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: Der am Sonntag, den 4. Mai, in Dresden vorgenommene Ausschluß der Deutschen Demokratischen Partei erfolgt als einseitige Gewaltthat und ist entschieden zu verurteilen. Er erwartet, daß nur ein Reichstrieden auf Grund der 14 Millionen Punkte abgeschlossen wird, der allein den Weg für die anstehende Reichstagswahl des Volkes ebnet.

— **Dresden.** Der Kaufmann Georg Griebhoff hat durch Ansetzen in Blüthen Kriegswaffen, die über 3000 Stück von 6000 Rork verlagern, die Einrichtung von Verhandlungsgesäften angeboten. Vor den Angeboten wird gewarnt.

— **Leipzig.** Gegenüber der Ablehnung der Unabhängigkeit in Leipzig, daß eine Liste von Stellen aufgestellt worden ist, bringen Leipziger Blätter folgende Ergänzungen und eine Berichtigung der ersten Liste: An Stelle von Kommerzienrat Hamund Gieseke ist jetzt der Geschäftsführer der Firma Gieseke & Deitzel, von Franz an Stelle von Generaldirektor Duffel, Direktor Hiemann, an Stelle von Konrad Paul Herzlich, Geheimrat Dr. Edgar Seitzler, Ferner sind neu auf die Liste gekommen: Volkshilfsleiter a. D. Wagner, Bürgermeister Weber, Stadtrat Seifert, Beigeord. Dr. Peter Reinhold, Zeitungserleger Gottlob Kraus (Leipziger Zeitung), Rechtsanwalt Dr. Jöpsel und Kurat Gock. Amtshauptmann v. Hund ist dagegen auf der Liste nicht vorhanden. — In den Ablehnungsvorschlägen ist die mehrheitspolitische „Freie Presse“: Wir laden getreu im Hinblick auf die fragliche Note, daß die gestern nachmittag abgehaltene Sitzung des großen Arbeiterrates wohl die nähere Ausführung über die Entlassung bringen werde. Der Anführer des Arbeiterrates, der allein in Frage kommen kann, nämlich der junge Geper mit dem großen Munde, hat sich über die interessante Geschichte völlig ausgesprochen. Wenn nun Sipinski die Rolle als Verteidigung begehrt, so müßte er sich doch sagen, daß die unabhängige Parteileitung gar nicht die unabhängige Stelle ist, da der Direktor Geper der maßgebende Mann ist, der sich um die unabhängige Partei gar nicht kümmert, wie die einseitige Meinung Sipinski in der Generalversammlung der Leipziger unabhängigen Partei gegen die angeordnete Jurisdiktion der Garantierung der Leipziger Arbeiterschaft zur Leipziger Welle bewilligt. Im übrigen ist ja bekannt, daß die Unabhängigen stets von Lüge und Verleumdung sprechen, wenn einer ihrer dunklen Pläne aufgedeckt worden ist. Geirat aber ein solcher Plan, dann — ja dann hat die Revolution wieder einmal geplatzt.

— **Leipzig.** Im Leipziger Hauptbahnhof ist ein 43 Jahre alter Fabrikant aus Berlin von nachdringendem Publikum auf einem Bahnsteig in einen jurisdiktorischen Zug gezogen worden.

den, so daß er zwischen die Schienen und den Bahnsteig zu liegen kam. Infolge der ausgehenden Angst ist er in einem Herzschlag verstorben. Verletzungen hatte er nicht erlitten.

— **Leipzig.** Das Stadtgeschichtliche Museum Leipzig hat durch einen Brief Christian Gottfried Wörner an Schüler vom 8. Oktober 1797 eine interessante Bereicherung erfahren. Der Brief enthält außer der schon gedruckten wichtigen Auseinandersetzung über den Unterschied von Ballade und epischem Gedicht auch einen ungedruckten Abschnitt mit persönlichen Bemerkungen. — In der „Leipziger Volkszeitung“ ist zu lesen: Wir können den Weltbild des Hofrats Thiene (Vorsitzenden des deutschen Patriotenbundes) nicht hoch genug würdigen. 25 Jahre lang ist er schnorren und lechten gegangen, um für die Leipziger Bevölkerung Granitsteine zu hantieren, für die Zeit der Not. Diele ist nun gekommen. Das Herz der „deutschen“ Patrioten wird zwar in Wehmut geschmelzen. Hilt aber alles nichts. Das Sanfterlager wird abgetragen werden, und aus den Steinen werden schöne lustige Arbeiterwohnhäuser entstehen. Deutscher Patriotenbund, laßt wohl!

— **Chemnitz.** Im vergangenen Monat wurden 72 Personen durch Feuer befallen. Davon waren 37 männlichen und 35 weiblichen Geschlechts. Seit Ingebrauchnahme der Feuerbestattungsanlage sind bisher insgesamt 7843 Einäscherungen ausgeführt worden.

— **Weißen.** Der an der hiesigen Elberde verunglückte Kohlenfuhr bildet ein ernstes Hindernis für die Schifffahrt, in Sonderheit auch für die Lebensmittelzufuhr nach Böhmen. Unterhalb der Brücke klauen sich die Röhre mit Lebensmitteln, da an eine Durchfahrt noch nicht zu denken ist. Inzwischen legt das Wasser keine Zerstörung an dem Kohlenfuhr fort, der mehrfach gedrohen, gänzlich auf Grund liegt.

— **Leipzig.** Am Montag vormittag zog die Arbeiterschaft von Zwönitz, Niederwüdnitz und Rähnabde (etwa 1000 Personen, darunter viele Frauen und auch Angestellte) nach dem Marktplatz und sandte eine Abordnung ins Rathaus, die eine mit den anderen Kommunalverbänden Sachsen gleichgestellte Nahrungsmittelzulassung forderte. Bürgermeister Seibler versprach in einer Erklärung an die erregte Menge, für ihre Forderungen einzutreten zu wollen. Sodann begab sich eine Abordnung in die hiesige Köwenapothek und forderte von deren Besitzer Genehmigung für eine von ihm angelegte gelegentlich des Umzuges am 1. Mai gelante Neuerung, die gelautet habe: Man solle mit Kanonen und Maschinengewehren auf den Umzug schießen. Der Beschuldigte forderte in einer Erklärung Beweise für die ihm zugeschriebene Neuerung, an der kein Wort wahr sei. Weiter wurde bei dem Apotheker eine Hausung vorgenommen, die aber ergebnislos verlief. Nach der Kundgebung vor dem Rathaus begaben sich die Arbeiter aus Niederwüdnitz und Rähnabde vor die Gemeindevorstände dieser Orte und erhoben bei den Gemeindevorständen die gleiche Forderung wie in Zwönitz.

— **Holländische Flotten für Deutschland?** „Holl. Neues Bureau“ meldet: Die holländischen Arbeitervereine wünschen in einer Eingabe an die Regierung die Öffnung der Grenzen für die Ausfuhr von Flotten, damit die überausbedeuten Arbeitslosigkeit gesteuert werden könne. Augenblicklich sind etwa 25000 Tabakarbeiter ohne Beschäftigung. Die Vorräte an Flotten werden auf fünf Milliarden geschätzt.

Nach Redaktionschluss eingegangene Meldungen

Berlin, 6. 5. Der „Germania“ wird aus Versailles geschrieben: Von amerikanischer Seite wird in dementsprechender Weise versucht, Stimmung dafür zu machen, daß Deutschland den Frieden annehmen wolle, wenn er auch noch so schwer und hart sei. Nehme Deutschland den Frieden an, so werde Wilson ganz sicher und mit ihm das amerikanische Volk alles tun, um Deutschland über die Schicksalstage hinwegzuführen. Das deutsche Volk werde in Amerika einen großen Freund und Förderer haben. Nur jetzt müßte das Frieden geschlossen und anerkannt werden. Germania meint: Diese Kombination hat zweifellos vieles für sich, für Deutschland aber gilt die Frage, wer diesen Wechsel einleitet, wenn Wilson nicht mehr Präsident ist. Wenn Wilson einen politischen Erfolg mit nach Hause nehmen will, so ist die Voraussetzung dafür, daß die Friedensbedingungen keinen Programm entsprechen. In diesem Falle werden keine unüberwindlichen Schwierigkeiten für Deutschland bestehen.

Berlin, 6. 5. Über die derzeitige Unbewohnbarkeit des Reichstags bringen die Blätter Ergänzungen, aus welchen hervorgeht, daß über den Reichstag eine Sperre von 40 Tagen verhängt wurde, weil er von Ungelehrter durchsucht ist. Die Höhe der angesetzten Schäden beträgt ungefähr 1/2 Million Mark. Im ehemaligen Bundesratsaal sind allein 20 Meisterei, deren Ausrüstung im Frieden pro Stück 2500 Mark kostet, abgebeut worden. Außerdem sind sehr wertvolle Worgänge verloren gegangen. Die Wiederherstellungsarbeiten, namentlich im Sitzungssaal, dürften etwa 3 Monate in Anspruch nehmen.

Berlin, 6. 5. In der gestrigen Sitzung des großen Arbeiterrates wurde mit großer Mehrheit folgende Beschlüsse gefaßt: Der Reichsregierung oder das sachliche Ministerium, die Durchführung des Belagerungszustandes mit Hilfe von Kossel-Truppen zu erzwingen, so wird sofort der Generalstreik proklamiert. Als Streikforderungen gelten folgende Forderungen: 1. Aufhebung des Belagerungszustandes. 2. Freilassung der politischen Gefangenen und Niederlegung aller politischen Verbrechen. 3. Auflösung der Freiwilligen-Verbände und Entwaffnung des Bürgertums und der Offiziere, Bewaffnung des Proletariats. 4. Den Betriebs- und Arbeiter-Räten ist über Regelung der Arbeitsverhältnisse, sowie Art und Umfang der Produktion entscheidend der Einfluß einzuräumen. 5. Ausnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland und Ungarn. Das Proletariat ist verpflichtet, sowie es die Situation notwendig macht, den großen Arbeiter-Rat zusammenszuberufen.

München, 6. 5. Am Sonntag nachmittag legte wieder heftiges Gewehr und Maschinengewehrfeuer ein. Der Kampf war sehr hartnäckig. Schließlich gelang es den Regierungstruppen, die Spartakisten auszuweichen. Im gerichtlich-medizinischen Institut und auf den Friedhöfen lagen bis zum Montag etwa 250 Tote. Toller soll bei dem Kampfe getötet sein. Vandauer wurde in der Wohnung der Frau Weser erschossen, weil er die Begleitpersonen gegen ihre Fahrer aufzuregen suchte. Der Spartakistenführer Hausmann wurde erschossen. Von Rosen, Vesins und Dr. Leuten fehlt noch jede Spur. Am Sonnabend ist der Redakteur der „Münchner Notizen“ verhaftet und nachträglich erschossen worden. Die Münchner Lebensmittellieferung war infolge der kommunistischen Wut in der abgelaufenen Woche die denkbar schlechteste. Die Nachricht, daß aktive bayrische Offiziere in den Ketten der Spartakisten tötlich waren, entbehrt jeder Begründung.

München, 6. 5. Die bayrische Regierung dürfte noch einige Zeit in Bamberg verbleiben, wo binnen abendlicher Zeit der Landtag zusammenzutreten wird. Auch das Militärministerium soll in aller Eile nach München zurückkehren.

Paris, 6. 5. Der italienische Botschafter in Paris teilte den Regierungschefs der Alliierten mit, daß Orlando und Sonnino im Laufe des Abends aus Rom abreisen und Mittwoch morgen wieder in Paris einreisen werden.

Berlin, 6. 5. Eine Pariser Meldung der „Daily Mail“ zufolge ist die Meldung vertriehen, wonach die deutschen Kadel unter die Alliierten verteilt warden. Wilson bestreite auf Internationalisierung, da so wichtige Verbindungsmittel nicht Gegenstand eines nationalen Monopols bilden sollen. Lloyd George und Clemenceau hätten Wilson ersucht, die Formel für eine derartige Internationalisierung vorzuzureiten.

Berlin, 6. 5. Wie „Eclair“ mittelt, erwartet man das Eintreffen der österreichischen und ungarischen Delegation in St. Germain am 14. Mai. Desreze Geoude werden für ihre Unterbringung requiriert. Das Eintreffen der Oesterreicher und Ungarn wird die Vorlegung des Friedensvertrages an die Deutschen nicht beeinflussen.

RASCH
und **SPARSAM**

baut man nach der **AMBI-Bauweise**. Rohstoffe überall erreichbar. Dach-Ziegel durch die **AMBI-Dachstein-Maschine** für Handbetrieb.

ANFORDERUNG:
AMBI, Abt. II K
Charlottenburg 9

Goldmann Medaille u. Silberner Staatspreis
1910 Goldmedaille für rasche Bauweise

